

Stichworte für die Presse: Konjunkturprogramm

27.04.2009 – Freyburg / Magdeburg.- Der Städte und Gemeindebund Sachsen-Anhalt (SGSA) ist unzufrieden mit der Abwicklung des Konjunkturprogramms der Bundesregierung durch das Land Sachsen-Anhalt. Rund vier Monate nach dem Beginn der Arbeiten an den gesetzlichen und verwaltungstechnischen Grundlagen sei noch immer nicht Klarheit über viele Fragen der Abwicklung erreicht.

Kritik lösen bei den Kommunalpolitikern in den Städten und Gemeinden vor allem folgende Punkte aus:

1. Die Vielzahl unterschiedlicher Förderprogramme hat die rechtliche Abwicklung der Programme erheblich erschwert. Vor allem die laufenden Förderprogramme behindern die Abwicklung der zusätzlichen Programme.
2. Landesbehörden versuchen mit Anträgen und Handreichungen die Verantwortung für unklare Rechtslagen allein auf die Bürgermeister und Oberbürgermeister abzuwälzen. Allein der Versuch, die Auslegung von Art. 104 b GG den Bürgermeistern zuzuweisen, ist eine unverantwortliche Verschiebung der Verantwortung.
3. Nach bekannt werden der immerhin bereits 180 Seiten umfassenden vorläufigen Handreichung des Finanzministeriums waren teilweise Förderprogramme schon vollständig ausgereicht, obwohl erst durch die Handreichung allgemein bekannt gemacht. Die Handreichung erweist sich an vielen Stellen als widersprüchlich und unvollständig.
4. Nur das Landwirtschaftsministerium hat uns bisher eine Zusammenfassung der Förderprogramme und deren Erweiterung durch die Fördermittel des Konjunkturpakets bekannt gegeben. Bei vielen Ministerien fehlen die Transparenz und die Richtlinien, wie die zusätzlichen Investitionsmittel verteilt werden sollen.

Art und Weise der Umsetzung des Konjunkturprogramms stellen den Erfolg des Konjunkturprogramms in Sachsen-Anhalt in Frage. Viele Gemeinden haben Sorge, dass sie mit der Abwicklung des Programms nicht zurecht kommen oder für die Unklarheiten in den Verwaltungsrichtlinien im Nachhinein verantwortlich gemacht werden.